Auer Tageblatt und Anzeiger für das Erzgebirge

Verantwortlicher Redakteur Felix Kandolf. Druck u. Verlag: Auer Druck- u. Verlagsgesellschaft m. b. H. Aue. Telegramme: Tageblatt Erzgebirge. Fernsprech-Anschluß Nr. 53.

Bezugspreis: durch unsere Boten frei ins Haus monatlich 5.50 Mark. Bei der Geschäftsstelle abgeholt monatlich 5.00 Mark. Bei der Post bestellt vierteljährlich 16.50 Mark, monatlich 5.50 Mark. Erscheint täglich in den Nachmittagsstunden mit Ausnahme von Sonn- und Feiertagen. Unsere Zeitungsträger und Ausgabestellen, sowie alle Postanstalten und Briefträger nehmen Bestellungen entgegen.

Anzeigenpreis: Die 5gespaltene Petitzeile oder deren Raum für Anzeigen aus Aue und dem Bezirk Schwarzenberg 80 Pfg., auswärtige Anzeigen 90 Pfg., Reklamepetitzeile 3.— Mark. Bei größeren Abschlüssen entsprechender Rabatt. Anzeigenannahme bis spätestens 9½ Uhr vorm. Für Fehler im Satz kann Gewähr nicht geleistet werden, wenn die Aufgabe der Anzeige durch Fernsprecher erfolgt oder das Manuskript nicht deutlich lesbar ist.

Nr. 160. Dienstag, den 12. Juli 1921. 16. Jahrgang.

Das Wichtigste vom Tage.

Die Konferenz der deutschen Finanzminister, an der als Vertreter Sachsens der Finanzminister Heldt teilnahm, wird demnächst wieder zusammentreten, um zu der neuen Steuervorlage Stellung zu nehmen.

*

Auch die Unabhängigen Sachsens haben sich auf ihrer Leipziger Landeskonferenz einstimmig für die proletarische Einheitsfront ausgesprochen.

*

Nach hartnäckigen Gerüchten soll die Interalliierte Kommission beabsichtigen, den gesamten oberschlesischen Eisenbahnverkehr auf acht Tage zu sperren.

*

Die Besprechungen zwischen den englischen und kemalistischen Vertretern sind abgebrochen worden.

Hardings Abrüstungskonferenz.

(Von unserem Berliner Mitarbeiter.)

Nachdem England und Amerika die Herrschaft auf den Weltmeeren untereinander verteilt haben, beruft jetzt Präsident Harding eine Konferenz nach Washington ein, in der zwar die Frage der Abrüstung vorangestellt wird, auf der aber auch über die Probleme des fernen Ostens entschieden werden soll, d. h. über die ungehemmte Betätigung des angloamerikanischen Kapitals in China. Die Einladung richtet sich formell an die alliierten und assoziierten Mächte, also an die Entente, und wenn jetzt neben England und Japan auch die Vertreter Frankreichs und Italiens in Washington erscheinen werden, so kommt diesen doch nur eine dekorative Bedeutung zu. In Wahrheit ist diese Form nur gewählt worden, damit Amerika nicht von vornherein den antijapanischen Charakter der Konferenz in die Erscheinung treten läßt. Der ganze Plan scheint vorher mit England besprochen worden zu sein, denn England hofft durch eine solche Verhandlung den Widerstand verschiedener seiner Dominien gegen die Erneuerung des englisch-japanischen Vertrages brechen zu können, Amerika andererseits darf die bestimmte Hoffnung hegen, daß die Konferenz ihm reiche handelspolitische Früchte tragen wird. Wo so das gemeinsame englisch-amerikanische Interesse engagiert ist, wie hier, wird man mit allen Kräften versuchen, zum Ziele zu kommen.

Die britische Reichskonferenz hat sich allmählich in die Dunkelkammer von Ausschüssen zurückgezogen, und je spärlicher die Berichte über die Verhandlungen an die Oeffentlichkeit drangen, umso bestimmter darf man annehmen, daß die Schwierigkeiten nicht gering sind. Der Widerspruch gegen die Erneuerung des japanisch-englischen Vertrages war doch stärker als man zunächst vermuten konnte. Die Erklärungen des japanischen Botschafters in Washington haben offenbar die Bedenken verschiedener Minister der Kronländer nicht zu zerstreuen vermocht. Besonders beharren Kanada, Südafrika und auch Australien bei ihren Bedenken. Aber es ist klar, wenn man auf einer großen Konferenz in Washington Amerika und Japan einander nähern kann, daß dann die Bedenken einigermaßen verschwinden, und unter dem Schwunge einer der berühmten welthistorischen Konferenzen wird es dem vielgewandten Techniker Lloyd George schon möglich werden, den Widerstand der Dominikenminister zu brechen.

In eine fatale Lage kommt nur Japan. Es hat sich während des Weltkrieges finanziell außerordentlich erholt. Seine mageren Inseln fassen den Bevölkerungszuwachs nicht mehr. Es ist auf Auswanderung und auf den Schutz seiner ausgewanderten Söhne angewiesen. Sein wirtschaftliches Betätigungsfeld ist vornehmlich China. In beiden Lebensnotwendigkeiten kollidiert aber das Land der aufgehenden Sonne mit seinen Nachbarn, sofern man diese Bezeichnung auf Länder anwenden kann, die durch Ozeane von dem östlichen Inselreich getrennt sind. Amerika wie auch Australien wenden sich gegen den japanischenn Fremdenzustrom, und in China verlangt Amerika die berühmte offene Tür. Japan soll hier seine handelspolitischen Sonderrechte aufgeben oder sie mindestens auch auf Amerika und England sich erstrecken lassen. Wie man sieht, handelt es sich hier um eine societas leonina. Japan würde der gebende Teil sein, sofern man ihm nicht auf dem Gebiete der Auswanderung oder sonst wie Entgegenkommen erweist. Offenbar will man die Abrüstung als eine Art Entgegenkommen an Japan aufziehen. Es ist klar, daß bei einem Weiterrüsten Amerika im Vorteil wäre. Japan müßte schon aus finanziellen Gründen bald zurückbleiben. Andererseits wäre eine Beschränkung auf den gegenwärtigen Rüstungsstandard eine klare Bevorzugung Amerikas, das an großen Schlachtschiffen Japan um ein Erhebliches überlegen ist und durch das Flottenabkommen mit England seine gesamten Streitkräfte im Stillen Ozean jederzeit versammeln kann.

In Frankreich und in Italien wird man über die hohe Ehre der Einladung wieder einige Tage aus dem Häuschen sein, aber diese kindliche Freude kann nicht darüber hinwegtäuschen, daß sich die Schwergewichtsverhältnisse der Welt gründlich verschoben haben. In Frankreich glaubte man, daß der Versailler Vertrag das neue Gesetzbuch für die Welt wäre, in Wahrheit liegen die Dinge so, daß die Weltgeschichte jetzt in Washington gemacht wird. Herr Harding ignoriert den ganzen Vertrag von Versailles, in dem ja auch irgend etwas Unverbindliches über die Abrüstung der Ententestaaten steht. Der amerikanische Präsident behandelt auch den ganzen Völkerbund als Luft, und er wendet sich an die Entente nur darum, weil es ihm gegenüber Japan taktisch richtiger erscheint. Die kontinentale Selbstzerfleischung, die durch die Wahnsinnspolitik des französischen Imperialismus verübt wird, hat es glücklich dahin gebracht, daß das Abendland zwar noch nicht untergegangen, aber vollkommen in den Schatten gedrängt ist.

Die Entente und die Leipziger Urteile.

Der Reichsregierung ist bis jetzt weder von der französischen, noch von einer anderen Regierung der Entente irgendeine amtliche Mitteilung über die Abberufung der juristischen Sachverständigen aus Leipzig gemacht worden. Nach den Mitteilungen der französischen Presse dürfte auch die britische Regierung sich dem Schritt des französischen Kabinetts anschließen und ihre Sachverständigen abberufen. Ein Verlangen der beiden Regierungen auf Herausgabe des der Reichsregierung zur Verfügung gestellten Aktenmaterials ist bis jetzt nicht gestellt worden. Ein Mitarbeiter des Matin hatte eine Unterredung mit einem Mitglied der aus Leipzig zurückberufenen französischen Mission. Der französische Sachverständige äußerte, daß die ganze Mission sehr zufrieden über die Abberufung gewesen sei, da ihre Lage in Leipzig höchst unangenehm war. Das ganze wäre eine sehr gut gemachte Komödie mit allen Vorspiegelungen der Unparteilichkeit gewesen. Auch General Stenger, der zu der Verhandlung zuerst auf Krücken, zu seiner Freisprechung aber mit einem künstlichen Bein und nur mit einem Stock kam, habe Komödie gespielt. Die antifranzösischen Kundgebungen wären empörend gewesen. Der Mission sei sogar ins Gesicht gespuckt worden. Als der Fall Kruska verhandelt wurde brachte man das Telegramm der Abberufung. Die Kommission verließ sofort den Saal, was auf die Richter einen sichtlich unangenehmen Eindruck gemacht habe.

Die Hetze Poincarés.

Der ehemalige Präsident Poincare schreibt im Temps: Es ist gut, die Akten vom Leipziger Gerichtshofe zurückzuziehen. Es ist noch besser, in Frankreich eine Untersuchung in absehbarer Zeit einzuleiten. Aber dies genügt noch nicht. Deutschland hat sich vertragsmäßig verpflichtet, uns die Schuldigen auszuliefern. Es muß sie uns ausliefern, sonst verleugnet es noch einmal seine Verpflichtungen. Wir sind also nicht nur berechtigt, Düsseldorf, Ruhrort und Duisburg nicht zu räumen, sondern, da Deutschland sich in ständiger Auflehnung gegen den Friedensvertrag befindet, haben die Fristen für die Besetzungsdauer des linken Rheinufers noch nicht zu laufen begonnen. Wenn man Deutschland die neuen Verfehlungen nachsieht, dann ist vorauszusehen, daß es immer noch weiter ermutigt wird, weil es an unsere Ohnmacht glaubt. Bis jetzt macht sich Deutschland über uns lustig. Lassen wir es gewähren, dann wird es uns schließlich demütigen.

Ein schwedisches Urteil zu den Leipziger Prozessen.

Swenska Dagbladet schreibt: Die Leipziger Prozesse erweisen sich als das beste bisher erprobte Mittel, gegen den während des Krieges und nachher geführten deutschfeindlichen Lügenfeldzug. Die Wahrheit kommt hierbei zu dem Rechte. Es scheint schon jetzt klar, daß sie viel weniger gefährlich für Deutschland und die Angeklagten sind, als die Apostel des Hasses in den Ententeländern hoffen.

Ein Urteil des englischen Justizvertreters in Leipzig.

Der Vertreter der Daily Mail hat Sir Pollack, den englischen Justizvertreter in Leipzig, über seine Stellungnahme zur Freisprechung des Generals Stenger befragt. Sir Pollack glaubt nicht, daß das Reichsgericht anders als unparteiisch geurteilt habe, aber er verkenne nicht die Schwierigkeit für deutsche Richter, sich ganz frei von nationalen Einflüssen zu halten.

Karl von Habsburg über seine Osterfahrt.

Exkönig Karl von Ungarn hat das Bedürfnis geäußert, sich über seinen mißglückten Osterausflug ausfragen zu lassen, und das Agramer Tageblatt weiß darüber allerlei Interessantes zu berichten. Danach hat sich Karl zu der Reise nach Ungarn auf Einladung und Ermutigung der Kroaten entschlossen, nicht auf Veranlassung seiner Frau, der er vor der Reise nicht einmal ein Wort gesagt habe. Auch Vorkehrungen hat er keinerlei getroffen. Im Auto fuhr er nach Basel, von dort mit einer Legitimation des Roten Kreuzes nach Straßburg und dann von da aus in der dritten Klasse eines Personenzuges nach Wien. Nur seine Augenbrauen hatte er gefärbt und eine Brille angelegt. In Wien wurde er von niemandem erwartet und fuhr in einem Auto zum Grafen Erdödy, bei dem er auch übernachtete. Am nächsten Morgen fuhren beide in einem Auto zunächst nach Baden und von da aus in einem anderen, erst dort gemieteten Auto, weiter bis zur ungarischen Grenze. Am späten Abend erst trafen sie in Steinamanger vor dem bischöflichen Palais ein. Der Bischof wollte sie zuerst gar nicht empfangen.

Als Karl sich zu erkennen gab, war der Bischof sehr unangenehm überrascht. Sofort wurde Ministerpräsident Teleckі berufen, und Karl wollte auch den Reichsverweser Horthy nach Steinamanger rufen, damit er auf der Stelle ihm die Macht übergebe. Teleckі war aber dagegen und riet Karl, nach Budapest zu fahren, um dort mit Horthy zu sprechen. Dagegen hatte Karl Bedenken: aber Teleckі versprach ihm, auf dem kürzesten Wege nach Budapest zu fahren, um Horthy vorzubereiten. Das tat Teleckі aber nicht. Er machte mit Absicht einen Umweg, so daß Karl, als er vor dem Ministerpräsidenten in Budapest vorfuhr, nicht angemeldet war. Horthy befand sich gerade beim Osterfestmahl, und die Diener wollten Karl nicht anmelden, da es streng verboten sei, Seine Durchlaucht beim Essen zu stören. Erst auf Drängen Karls geschah die Anmeldung und Horthy kam in größter Erregung heraus. Karl umarmte ihn, nannte ihn seinen lieben Admiral und versprach ihm sofort den Maria-Theresia-Orden, den er mitgebracht hatte. Horthy riet dringend, das Land wieder zu verlassen, da sonst die kleine Entente Ungarn von allen Seiten angreifen würde. Er versprach jedoch, daß er sich als Statthalter Karls betrachten und keinen anderen Prätendenten unterstützen werde. Die Kroaten bestreiten, Karl zu seiner Reise ermuntert zu haben, und versichern, daß er in Agram einen ganz anderen Empfang gehabt hätte als in Budapest. Dafür hätte er eine wenig angenehme Belehrung bekommen, wie seine treuen Kroaten ihn lieben.

Kleine politische Meldungen.

Die Entscheidung über Oberschlesien schon gefallen. Der Pressechef der Interalliierten Kommission äußerte am 7. Juli: Die Vorarbeiten für die Sitzung des Obersten Rates müssen von der Interalliierten Kommission bis zum 14. Juli fertiggestellt sein. Die Entscheidung über Oberschlesien fällt um den 28. Juli herum, die Konferenz des Obersten Rates ist jedoch nur noch eine Formsache. In Wirklichkeit ist das Schicksal Oberschlesiens bereits entschieden. Es kommt nur noch darauf an, den Weg zu finden, wie man Deutschland diese Entscheidung beibringt. Deutschland wird vor die fertige Tatsache gestellt werden, ebenso wie bei Eupen und Malmedy; die Oberschlesische Frage kann nur von Polen (!) gelöst werden.

Aufhebung der Sonderverwaltung für Posen. In der Sitzung des polnischen Ministerrates am Montag wurde beschlossen, die bisherige Sonderverwaltung für die ehemaligen preußischen Teilgebiete spätestens bis 1. September dieses Jahres aufzuheben und diese Gebiete der allgemeinen polnischen Zentralverwaltung zu unterstellen. Die Unitizierung soll mit der Finanzverwaltung beginnen. Gleichzeitig dürfte feststehen, daß der jetzige Minister für die früher preußischen Gebiete Kucharski, und der Wojwode von Posen, Celichowski, demnächst ihren Abschied einreichen werden.

Polen verlangt von uns 35 000 Pferde. Wie die Magdeb. Zeitung von zuverlässiger Seite hört, verlangen jetzt auch die Polen von uns große Pferdelieferungen. Noch in diesem Jahre sollen vom September an 11 000, und dann in den beiden folgenden Jahren je 12 000 Pferde abgeliefert werden. — Hoffentlich wird man den biederen Polen in Berlin die gebührende Gegenrechnung aufmachen.

Fortgang der Pariser Besprechungen. Gestern sollten am Quai d'Orsay unter dem Vorsitz des Ministers Loucheur die Verhandlungen über die Reparationsfrage zwischen Staatssekretär Bergmann und Dr. Guggenheimer und den französischen Sachverständigen wieder beginnen. Wie Journal mitteilt, soll im Laufe der Verhandlungen auch die Frage des Index angeschnitten werden.

Deutschland buhlt nicht um den Völkerbund. Zuverlässig verlautet, daß auch für die bevorstehende Tagung des Völkerbundes kein Antrag Deutschlands auf Aufnahme in den Völkerbund gestellt worden ist, auch nicht auf dem Umwege über eine neutrale Macht. — In den letzten Tagen haben verschiedene angesehene deutsche Zeitungen sich aus Genf melden lassen, daß Deutschland dem Völkerbund einen Aufnahmeantrag unterbreiten werde. Die Meldung und die vielfach daran geknüpften Kombinationen sind also hinfällig.

Die Abrüstungsfrage. Die Absendung der amerikanischen Note über die Abrüstungsfrage soll beschlossen worden sein, als Staatssekretär Hughes eine Note Großbritanniens über diese Angelegenheit erhalten hatte. Die englische Botschaft war am Sonnabend morgen eingelaufen. Staatssekretär Hughes teilte sie dem Präsidenten mit und nach einer längeren Besprechung verließ Hughes das Weiße Haus und kehrte später mit dem Text der von Harding gebilligten Antwortnote zurück.

Neue Unruhen in Irland. In Belfast fanden in den ersten Morgenstunden des Montag heftige Angriffe auf Polizeipatrouillen statt. Dabei wurden eine Polizist und vier Zivilpersonen getötet und zwei Polizisten und mehrere Zivilpersonen verwundet. In einem Stadtviertel war noch bis zum späten Nachmittag eine heftige Schießerei im Gange.

Haftbefehl gegen Karolyi und Weckerle. Wie die Presse-Information aus Budapest meldet, hat der oberste ungarische Gerichtshof auf Beschluß der Regierung und des Parlaments gegen die früheren Ministerpräsidenten Karolyi und Weckerle einen Haftbefehl wegen Verdachts des Hochverrates erlassen.

Ernste Unruhen in Sofia. Im Laufe des Sonntags sind über Belgrad Studenten aus Bulgarien in Wien eingetroffen, die besagen, daß in Sofia und einem Teile Bulgariens ernste Unruhen ausgebrochen sind. Es handelt sich um die von den Bolschewisten angezettelten Agrarunruhen. Das Geschäftsleben in Sofia stockt. Die Zahlungen sind eingestellt. Der Kurs ist rapid von 20 auf fünf gesunken.